

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 7. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am
03.09.2015 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Ria von Schrötter

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Detlef Klucke

Frau Birgit Bessin

Herr Thomas Czesky

Frau Heike Kühne

Herr Lutz Lehmann

Frau Gabriele Schröder

Frau Mandy Werner

ab 17.30 Uhr

Vertretung für Herrn Felix Thier

Sachkundige Einwohner

Frau Ursula Biesecke

Frau Marita Marufke

Frau Nicole Moskal

Verwaltung

Herr Karsten Dornquast, amt. Dezernent I, Leiter Amt f. Bildung u. Kultur

Herr Norbert Jurtzik, Leiter Untere Bauaufsichts- u. Denkmalschutzbehörde

Frau Rita Mohr de Pérez (Dr.), Sachgebietsleiterin Denkmalschutz

Herr Matthias Fröhlich, Sachgebietsleiter Schulverwaltung

Frau Birgit Kaminski, Fachkoordinatorin Sportmanagement

Frau Corinna Spikermann, Schulrätin, Regionalstelle Brandenburg

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Felix Thier

Frau Carola Hartfelder

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 28.05.2015
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Informationen zum gemeinsamen Unterricht an Schulen im LK TF
(Frau Spikermann, LSA RS Brandenburg)
- 7 Beschlussvorlagen
- 7.1 Förderanträge 2015 - geplante Zuwendungen Denkmalpflege 5-2491/15-III
- 7.2 Verwendung von Mitteln aus der MBS-Gewinnausschüttung für weitere
Maßnahmen der Sportförderung 5-2448/15-I
- 7.3 Novellierung des Leitbildes zur Kreisentwicklung 5-2479/15-IV
- 8 Anträge
- 8.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Bildung eines Kreis-Denkmalbeirates im
Landkreis Teltow-Fläming 5-2431/15-KT/1
- 8.2 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF - Abstimmung und Verfahren im
Umgang mit Flüchtlingen verbessern 5-2419/15-KT/2

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau von Schrötter eröffnet die 7. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport.

Sie stellt fest, dass gegen die geplanten Termine des Ausschusses für das Jahr 2016:

Donnerstag, 21.01.2016,
Donnerstag, 17.03.2016,
Donnerstag, 12.05.2016,
Donnerstag, 23.06.2015,
Donnerstag, 22.09.2016,
Donnerstag, 17.11.2016,

keine Einwendungen vorliegen und bittet diese an das KT-Büro weiterzureichen.

Im Auftrag der SPD-Fraktion zieht Frau von Schrötter den Antrag zur Bildung eines Kreisdenkmalbeirates, 5-2431/15-KT/1, von der Tagesordnung zurück.

Der Antrag wird **einstimmig** angenommen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 28.05.2015

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt somit als angenommen.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Lehmann informiert, dass der Leistungsstützpunkt der „Leichtathleten Mellensee“, der als Startgemeinschaft Teltow-Fläming und mit dem Logo des Landkreises auftrat, auch in diesem Jahr wieder erfolgreich an den Deutschen Meisterschaften teilgenommen hat. Die 14- bis 16jährigen sind Deutscher Vizemeister geworden und haben minimal den Meistertitel verpasst.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 6

Informationen zum gemeinsamen Unterricht an Schulen im LK TF (Frau Spikermann, LSA RS Brandenburg)

Frau von Schrötter begrüßt Frau Spikermann, die seit November 2014 zuständige Schulrätin der Regionalstelle Brandenburg, die zum gemeinsamen Unterricht informieren wird.

Frau Spikermann berichtet, für den Landkreis Teltow-Fläming sind drei Kolleginnen zuständig. Zu ihrer eigenen Zuständigkeit gehören Schulen aus Luckenwalde sowie Ludwigsfelde. Die anderen Schulen im Grund- und Förderschulbereich werden durch die Schulrätin Frau Knopke vertreten. Frau Kolkmann ist für die weiterführenden Schulen zuständig. Sie selber hat die Fachaufsicht für den Fachbereich „Sonderpädagogik“ insgesamt im Bereich der Grund- und Förderschulen sowie auch der weiterführenden Schulen. Anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) macht sie Ausführungen zur Schullandschaft der Regionalstelle Brandenburg. Sie gibt einen Rückblick auf das Schuljahr 2014/15. Im Landkreis Teltow-Fläming gab es im Schuljahr 2012/13 drei Pilotschulen, die auch in die Anschlussphase gegangen sind. Derzeit erfolgt die wissenschaftliche Auswertung der Ergebnisse. Im Anschluss wird auf politischer Ebene der weitere Verlauf beschlossen.

Den Anstieg der Anträge auf Förderausschussverfahren erklärt sie zum einen mit dem Aufwachsen der Schüler mit Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht. Zum Beispiel besteht

die Auflage, dass zweijährlich durch ein Förderausschussverfahren zu prüfen ist, ob der Förderbedarf „Sprache“ noch besteht.

Weiter informiert sie über die Rechtsgrundlagen sowie die Zeitleiste der Verfahren. Sie berichtet, alle sonderpädagogischen Beratungsstellen sind seit diesem Schuljahr gut mit Personal ausgestattet. Sie sind ein gutes Bindeglied zwischen den einzelnen Schulen, zwischen Eltern und Schulen sowie das Lehrpersonal vor Ort.

Abschließend erklärt sie, dass für Schulen auch die Herausforderung der Vernetzung besteht, z. B. mit Jugendämtern oder Sozialämtern. Von der Regionalstelle Brandenburg werden drei- bis viermal im Jahr Schulleiternetzwerkveranstaltungen angeboten.

Auf Nachfrage von Herrn Czesky erklärt Frau Spikermann, der gemeinsame Unterricht wird weiter zunehmen. Die Klassenzahlen sind seit den Jahren 2009 und 2010 stetig gestiegen. Zurzeit ist es so, dass der Elternwunsch entscheidend ist.

Frau Marufke stellt fest, dass an der Jüterbogener Allgemeinen Förderschule seit fünf Jahren keine erste Klasse mehr eingeschult wurde. Sie berichtet von den dadurch entstehenden Problemen an einer ihr bekannten Schule. Dort werden 28 Kinder, davon fünf mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet, was eine Überforderung für das Lehrpersonal darstellt. Sie fragt, warum diese Förderschule nicht weitergeführt werden soll.

Frau Spikermann sieht diese Situation als sehr spezifisch. Der Richtwert für eine Klasse mit gemeinsamem Unterricht beträgt 23 Kinder, ist aber keine verbindliche Zahl. Sie wird es als Einzelfall aufnehmen.

Herr Lehmann fragt, wie das Landesschulamt handelt, wenn schulpflichtige Kinder aus Asylbewerberfamilien von der Schule aufgenommen werden müssen.

Frau Spikermann erklärt, es gibt vorab Transferlisten, die dem Schulamt und dem Schulträger direkt zugehen. Weiter berichtet sie von den Maßnahmen und Konzepten, die ergriffen werden. U. a. stellt das Ministerium auch gesonderte Mittel für die einzelnen Regionalstellen zur Verfügung, um dann Lehrkräfte zu akquirieren

Herr Lehmann bemerkt, ihm ist aus seiner Gemeinde bekannt, dass dieser Vorlauf nicht funktioniert.

Herr Dornquast erklärt, dass gerade die Übermittlung der Daten ein grundsätzliches Problem darstellt. Er berichtet weiter, die Verwaltungsleitung ist jeden Montag in der DB der Landrätin mit diesem Thema, das nicht nur den Bereich „Schule“, sondern insbesondere auch die Bereiche „Sozialamt“ und „Ausländerbehörde“ trifft, beschäftigt. Ein großes Problem ist die Kurzfristigkeit dieser Listen aus Eisenhüttenstadt. Das Problem werden der Kreis sowie auch das Schulamt nicht lösen können. Er meint, diese Sache muss organisatorisch in der Erstaufnahmestelle geregelt werden.

Frau Bessin nimmt noch einmal Bezug auf die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Sie fragt, an wie vielen Schulen im Landkreis Teltow-Fläming der Richtwert von 23 überschritten ist.

Frau Spikermann kann erst nach Abschluss der Blitzumfrage Auskunft geben, sagt aber zu, die Zahlen dem Protokoll beizufügen.

Auf eine weitere Frage von Frau Bessin erklärt sie, das Landesschulamt möchte schon die Klassenfrequenzen absenken. Bisher ist aber noch nicht erwiesen, ob Klassen mit einem höheren Richtwert explizit schlechtere Ergebnisse erzielen. Europaweit existieren auch andere Modelle.

Frau von Schrötter würde es begrüßen, wenn die Belastungsfaktoren der Lehrkräfte mit einbezogen werden, da der daraus resultierende Ausfall auch eine wirtschaftliche Größe darstellt.

Frau Biesecke erklärt aus eigener Erfahrung, dass Lehrkräfte mit diesen hohen Klassenfrequenzen und der zunehmenden Anzahl von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf überfordert sind. Sie kann auch nicht bestätigen, dass ein gut ausgebildetes System für Fortbildung vorhanden ist. Für sie besteht der Eindruck, das Ministerium will die Inklusion zum „Nulltarif“.

Frau von Schrötter bemängelt das Fehlen des Vor-Ort-Einsatzes von Schulpsychologen an den Schulen. Sie hält es für wichtig, ein Angebot für Eltern bzw. Kinder vor Ort einzurichten. Sie hält es auch für falsch, dass die Sozialarbeit an den Schulen über Jugendhilfe finanziert wird. Ihrer Meinung nach müsste die Schule für die Sozialarbeit sorgen, die sie dann auch für ihre Zwecke und Intentionen einsetzen könnte.

Frau Schröder regt an, die Schulleiter der durch Inklusion betroffenen Schulen in den Ausschuss einzuladen, um auch deren Probleme kennenzulernen.

Frau Spikermann hat nichts gegen eine problem- und sachorientierte Diskussion. Ihr sind die Probleme bekannt, sie weist aber darauf hin, dass es auch viele gelungene Beispiele gibt.

Frau von Schrötter fasst abschließend zusammen, dieser Ausschuss ist zuständig für die Schulverwaltung. Die spezifischen Themen müssen an der richtigen Stelle diskutiert werden. Es bleibt aber jedem Mitglied dieses Ausschusses unbenommen, für entsprechende Verbesserungen zu sorgen sowie mit einzelnen Schulen in Kontakt zu treten, um evtl. nach Lösungen zu suchen. Sie dankt Frau Spikermann für die Informationen. Sollten sich neue Erkenntnisse ergeben, bittet sie um Information in diesem Ausschuss.

TOP 7 **Beschlussvorlagen**

TOP 7.1 **Förderanträge 2015 - geplante Zuwendungen Denkmalpflege (5-2491/15-III)**

Frau von Schrötter erläutert, die Verwaltung hat die Summen für die geplanten Zuwendungen für den Denkmalschutz für die einzelnen Vorhaben mit einer Gesamtsumme von 48.889,00 € vorgeschlagen. Sie stellt die Vertreter des Fachamtes, Frau Dr. Mohr de Pérez sowie Herrn Jurtzik vor, die für Nachfragen zur Verfügung stehen.

Frau Bessin bezieht sich auf die Formulierung des Vorschlages „Finanzierungskonzept durch den Wegfall von Mitteln aus anderen Förderquellen gescheitert“. Sie möchte wissen um welche Förderquellen es sich handelt.

Frau Dr. Mohr de Pérez erklärt, es handelt sich um Förderquellen der Kirche. Die Finanzierungskonzepte der Kirchen setzen sich immer aus mehreren Förderquellen zusammen.

Frau Schröder fragt, ob auch Privatpersonen einen Antrag auf Fördermittel zur Sanierung stellen können.

Frau Dr. Mohr de Pérez teilt mit, die Förderrichtlinie bezieht sich auf ein Produktkonto im Haushalt der Kreisverwaltung, das ab dem nächsten Jahr auf „Null“ stehen wird. In der Förderrichtlinie ist aufgeführt, dass auch Maßnahmen privater Nutzer gefördert werden können. Sie bittet Frau Kaminski bei der anstehenden Überarbeitung der Förderrichtlinie der MBS darauf zu achten, dass die privaten Denkmaleigentümer aufgeführt werden.

Herr Jurtzik ergänzt, in der Richtlinie, Ziff. 3 steht „Antragsberechtigt sind Eigentümer oder sonstige Verfügungsberechtigte von Denkmälern im Landkreis Teltow-Fläming“. Er stellt fest, dass somit keine Differenzierung vorliegt.

Frau von Schrötter bemerkt, der Wegfall der Förderquellen trifft auf mehrere Objekte zu. Sie sieht keine weiteren Fragen und bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, die Zuwendungen für Maßnahmen des Denkmalschutzes nach der vorliegenden Tabelle zu beschließen.

Ja-Stimmen: 8 (einstimmig)

Herr Jurtzik informiert, dass am 07.09.2015 der Denkmalpflegepreis des Landes Brandenburg vergeben wird. Bei dieser Veranstaltung wird wieder ein Vorhaben aus diesem Landkreis ausgezeichnet.

TOP 7.2

Verwendung von Mitteln aus der MBS-Gewinnausschüttung für weitere Maßnahmen der Sportförderung (5-2448/15-I)

Herr Dornquast erörtert, das Verfahren zur Gewährung von Zuschüssen für Maßnahmen der Sportförderung ist schon aus der letzten Sitzung des Ausschusses bekannt. Die MBS-Ausschüttungsrichtlinie, unter der sich in Zukunft Sport, Soziales, Jugend und Denkmalpflege wiederfinden werden, soll bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Für die Einzelmaßnahmen steht Frau Kaminski, Fachkoordinatorin Sportmanagement, für Nachfragen zur Verfügung.

Frau von Schrötter stellt keine Fragen fest und bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, über die Gewährung von Zuschüssen für weitere Maßnahmen der Sportförderung 2015 zu entscheiden.

Ja-Stimmen: 8 (einstimmig)

TOP 7.3

Novellierung des Leitbildes zur Kreisentwicklung (5-2479/15-IV)

Herr Dornquast erläutert, das Leitbild zur Kreisentwicklung wurde in der Sitzung des Ausschusses am 28.05.2015 als Informationsvorlage vorgestellt. Die Hinweise aus der Anhörungsdiskussion in den verschiedenen Ausschüssen sind in der vorliegenden Beschlussvorlage zusammengefasst.

Frau von Schrötter stellt keine Anmerkungen bzw. Fragen fest und bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Novellierung des Leitbildes zur Kreisentwicklung zu beschließen.

Ja-Stimmen: 7/Enthaltungen: 1/Nein-Stimmen: 0

TOP 8 **Anträge**

TOP 8.1

Antrag der SPD-Fraktion zur Bildung eines Kreis-Denkmalbeirates im Landkreis Teltow-Fläming (5-2431/15-KT/1)

zurückgezogen

TOP 8.2

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF - Abstimmung und Verfahren im Umgang mit Flüchtlingen verbessern (5-2419/15-KT/2)

Herr Dornquast teilt mit, dass der Antrag, Pkt. 6 noch eine alte Formulierung enthält. „Nach einheitlichen Kriterien“ muss durch „satzungs- und rechtskonform“ ersetzt werden.

Der Punkt 6. lautet somit: „Die Flüchtlinge sollen satzungs- und rechtskonform auf die Kommunen im Landkreis verteilt werden.“

Auf Nachfrage von Frau von Schrötter erklärt sich Herr Lehmann als Vertreter der CDU-Fraktion mit der Abstimmung der jeweiligen Punkte, wie im Finanzausschuss gehandhabt, einverstanden.

Frau Schröder greift die Frage von Frau Bessin nach der Formulierung „rechtzeitig“ auf. Sie meint, die EU sollte rechtzeitig beginnen, sich der Flüchtlingsproblematik anzunehmen, da Deutschland mit diesem Problem überfordert wird.

Frau von Schrötter möchte in diesem Ausschuss zur Flüchtlingsproblematik keine Diskussion aufmachen. Sie hofft, dass alle Anwesenden sich in die richtige Richtung engagieren. Sie meint, vor Ort hat jeder die Möglichkeit, den Ankommenden die Situation erträglich zu machen.

Da keine Einwendungen zur vorgeschlagenen Verfahrensweise vorliegen, bittet sie um Abstimmung der einzelnen Punkte des Antrages.

1. Die Bundesregierung wird ebenso wie die Landesregierung aufgefordert, weitere Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Kommunen zu ergreifen. Bundesmittel sind ohne Abzüge an die Kommunen weiterzuleiten.

Ja-Stimmen: 8 (einstimmig)

2. Die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen sind landesweit auszubauen. Asylbewerber, insbesondere aus sicheren Drittstaaten, sollen künftig bis auf Erstbescheidung des Asylantrages in einer Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben. Landkreise, in denen sich Erstaufnahmeeinrichtungen befinden, müssen zusätzliche Finanzmittel erhalten. Es soll künftig auch erfasst werden, über welche Berufsabschlüsse oder beruflichen Interessen Asylbewerber verfügen, um die Unterbringung entsprechend der Fachkräftenachfrage in den Unternehmen im Land besser steuern zu können.

Ja-Stimmen: 8 (einstimmig)

3. Die Landesregierung soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass der Kosovo, Albanien und Montenegro als sichere Drittstaaten eingestuft werden. Das Land muss die Kommunen bei Rückführung abgelehnter Asylbewerber, die sich bereits in

Einrichtungen der Kreise aufhalten, besser unterstützen. Die Ausreisedokumente und die Zustimmung zur Rückführung in Drittstaaten müssen zunächst zentral vom Land organisiert werden, hierzu ist eine zentrale Rückführungsstelle einzurichten.

Ja-Stimmen: 5/Nein-Stimmen: 2/Enthaltungen: 1

4. Kommunen sollen rechtzeitig über aufzunehmende Flüchtlinge informiert werden, damit die Verantwortlichen vor Ort Gelegenheit haben, die Einwohner rechtzeitig einzubeziehen. Bei der Verteilung auf die Kreise und kreisfreien Städte ist möglichst darauf zu achten, dass die Flüchtlinge aus demselben Herkunftsland gemeinsam unterzubringen sind. Vorzug sollte dabei die dezentrale Unterbringung haben. Ehrenamtlich tätige Brandenburger, die sich für die Betreuung von Flüchtlingen engagieren, sollen in ihrer Arbeit noch besser unterstützt werden.

Ja-Stimmen: 7/Nein-Stimmen: 0/Enthaltungen: 1

5. Alle anfallenden Gesundheitskosten müssen den Kommunen in voller Höhe erstattet werden. Kreisen, die es wünschen, soll die Möglichkeit eingeräumt werden, den Einsatz einer Gesundheitskarte für Asylbewerber zu testen.

Ja-Stimmen: 5/Nein-Stimmen: 0/Enthaltungen: 2

6. Die Flüchtlinge sollen satzung- und rechtskonform auf die Kommunen im Landkreis verteilt werden.

Ja-Stimmen: 5/Nein-Stimmen: 0/Enthaltungen: 2

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Antrag zu beschließen.

Frau von Schrötter beendet die Sitzung und wünscht allen einen guten Heimweg.

Luckenwalde, den 28.09.15

gez. Ria von Schrötter
Die Vorsitzende

Heike Linke
Protokollantin